

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

23. August 2021  
**4.2021**

Die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) streikt und viele Medien sind sich mit dem Bahnvorstand einig: Das sei nicht die Zeit für Streiks, in den Ferien und wegen der Corona-Gefahr in vollen Zügen. Aber: Für Unternehmen und Arbeitgeber ist nie eine gute Zeit für Streik. Für Fahrgäste sind Streiks und Zugausfälle immer eine gravierende Einschränkung. Die Beschäftigten werden aufgerufen, sich im Interesse des Gemeinwohls zurückzunehmen.

### **Bahnvorstand wollte Streik nicht vermeiden**

Wir fragen: Warum hat das Management nicht längst ein akzeptables Angebot vorgelegt? Dann könnten die Züge pünktlich fahren, ohne Gedränge und erhöhte Ansteckungsgefahr. Der alte Tarifvertrag endete im März. Die Bahn hat sich geweigert, ein Angebot ohne Reallohnverluste vorzulegen. Im Juni erklärte die GDL, keinen Reallohnverzicht zu akzeptieren und die Verhandlungen für gescheitert. Der Bahnvorstand hatte genug Zeit, Streiks abzuwenden. Die Bahn hat 5,5 Mrd. Euro vom Staat erhalten, um die Corona-Verluste auszugleichen. Daran war die Forderung gebunden, 4,2 Mrd. Euro einzusparen, die Hälfte davon bei den Personalkosten. Der Streik ist auch ein Ergebnis der verfehlten Vorgaben der Corona-Hilfen der Bundesregierung. Ein Streik ist Druckmittel und Recht der Beschäftigten, wenn sich das Management weigert, für gute Löhne und anständige Arbeitsbedingungen zu sorgen.

### **Wenn der Vorstand die Beschäftigten zum Verzicht aufruft...**

Bahnchef Lutz bekommt jedes Jahr 900.000 Euro. Seine beiden Vorstandskollegen Pofalla und Huber je 650.000 Euro im Jahr. Normale Bahnbeschäftigte müssen dafür 20 Jahre arbeiten. Die Vorstände verzichten großzügig auf einen Teil ihrer Boni und 10 Prozent Gehaltserhöhung für den Bahnvorstand wurden auf's nächstes Jahr verschoben. Aber: Wer seinen Lohn zum Lebensunterhalt braucht, ist auf Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation angewiesen! Die Inflationsrate liegt derzeit deutlich über 2 Prozent. Lebensmittel-, Benzinpreise und Mieten steigen. Da sind die von der GDL geforderten 1,4 Prozent

»Zugausfall wegen Lohnforderungen«?

# **Solidarität mit den Streikenden bei der Bahn!**

2021 und 1,8 Prozent 2022 vergleichsweise bescheiden und gleichen nicht mal die Teuerung aus. Die Forderung orientiert sich am Öffentlichen Dienst, da auch die Bahn zu 100 Prozent dem Staat gehört. Lokführer, Zugbegleiter, Service- und Wartungspersonal haben während der Pandemie den Zugbetrieb aufrechterhalten und dafür Gesundheitsgefahren und zusätzlichen Stress in Kauf genommen. Dafür verdienen sie Wertschätzung!

### **Streik ist Recht!**

Die GDL kämpft auch um ihre Existenz. Das 2016 beschlossene Tarifeinheitsgesetz erklärt Tarifverträge kleinerer Gewerkschaften im Betrieb für unwirksam. Das soll angeblich einheitliche Tarifstandards für alle Beschäftigten eines Betriebes sichern. Aber die Unternehmen sorgen seit Jahren für unterschiedliche Tarife im Betrieb, indem sie durch Ausgliederungen, Leiharbeit und Werkverträge Tarifstandards umgehen und absenken. Gewerkschaften müssen sich nun als größte Gewerkschaft im Betrieb durchsetzen, um nicht wirkungslos zu werden. Die Konkurrenz unter Gewerkschaften nützt nur dem Arbeitgeber. Das ist nicht in erster Linie der GDL vorzuerwerfen, sondern CDU und SPD, die das Gesetz verabschiedet haben. Gemeinsam können Belegschaften wirkungsvoll gute Bedingungen durchsetzen. DIE LINKE fordert deshalb, das Tarifeinheitsgesetz zurückzunehmen.

### **Bürgerbahn statt Profit und Wettbewerb**

Die Bahn war früher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. 1994 wurde sie privatisiert und auf den Gang an die Börse ausgerichtet. Dafür sollten Kosten sinken und die Profite steigen. Die Folgen spüren Fahrgäste ebenso wie Beschäftigte bis heute: Strecken wurden stillgelegt und privatisiert. Stellenstreichungen und Arbeitsverdichtung haben den Stress für die Belegschaft erhöht. Die ehemals pünktliche Bahn ist inzwischen für regelmäßige Verspätungen, Zugausfälle, hohe Preise und schlechten Service bekannt. Damit ihre Löhne nicht noch weiter als Profitmasse dienen, setzen die Beschäftigten inzwischen regelmäßig mit Streiks ihre Forderungen durch. Profitorientierung und Wettbewerb auf der Schiene gehen zu Lasten von uns

allen. Wer als »Lösung« die Bahn zerschlagen und Schienennetz und Zugbetrieb trennen will, treibt die Probleme weiter in die falsche Richtung.

■ Privatisierungen, Ausgliederungen und die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft müssen rückgängig gemacht werden.

■ Wir streiten für eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.

■ Wir wollen die Bahnpreise halbieren, Taktung und Anschlüsse auch auf dem Land garantieren.

■ Kurzstreckenflüge und Güterverkehr müssen auf die Schiene!

DIE LINKE will, dass die Bahn an den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Klimas ausgerichtet wird. Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung für guten Service und Zuverlässigkeit!

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**

